

„Die Europäische Union – Werte, Politik, Perspektiven“

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DER EHRENDOKTORWÜRDE DER KOREA UNIVERSITÄT

Es gilt das gesprochene Wort!

Prof. Lee Ki Su, Präsident, Korea Universität, Prof. Yoo Jin Hee, Dekan für wissenschaftliche Angelegenheiten, Korea Universität, Prof. Kim Gun, Präsident der Graduate School, Korea Universität, Prof. Chun Sin Il, Präsident des Altstipendiaten-Vereins der Korea Universität, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bewegt, aber auch hochofrenut danke ich für die hohe Ehrung, die mir so eben zuteil geworden ist. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Politikwissenschaft Ihrer Universität ist eine große Ehre für mich. Keine größere akademische Ehre könnte mir in Korea zuteil werden als ein Ehrendokortitel Ihrer Universität, der Korea Universität in Seoul.

Sie ehren mich als Mitglied des Europäischen Parlaments, dem ich seit 1979, seit seiner ersten Direktwahl angehöre, sowie als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes, der ich von 2007 bis 2009 war. Als dieser danke ich Ihnen aufrichtig für diese Auszeichnung!

Europa ist mir zutiefst eine Herzensangelegenheit! Für mein europäisches Engagement prägend war und ist in erster Linie der dahinterstehende Friedensgedanke. Das Zusammenwachsen der europäischen Völker in Frieden und Freiheit, ohne kriegerische Auseinandersetzungen und Blutvergießen, das hat mich von Anfang an beschäftigt und fasziniert. Meine Kraft in den Dienst dieser

Sache zu stellen, hat mich mein ganzes Leben angetrieben und geprägt.

Seit Jahresbeginn bin ich – neben meiner Aufgabe als Parlamentsabgeordneter – auch Vorsitzender der Stiftung, die den Namen Konrad Adenauers trägt. Unsere Stiftung ist dem geistigen und politischen Erbe ihres Namensgebers, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und einer der Gründerväter Europas, verpflichtet.

„[Deutsche] Wiedervereinigung und europäisches Zusammenleben sind notwendige Teile ein und derselben Politik“ , lautet nur einer seiner zahlreichen politischen Grundsätze.

Heute, wenige Tage nach dem 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, ist es eine Selbstverständlichkeit, dies im Rückblick auf die Geschichte sagen zu können. Vor über 60 Jahren, ja, sogar noch vor 20, 21 Jahren musste es gegen manche Widerstände gesagt werden.

Heute wissen wir: Ohne die Entscheidung Konrad Adenauers, den freien, den westlichen Teil Deutschlands nach Europa zu führen, wäre der Weg zur Einheit Deutschlands vor 20 Jahren anders verlaufen. Umgekehrt gilt: Ohne die Wiedervereinigung und den Fall des Kommunismus sähe Europa heute anders aus.

Seit 20 Jahren ist Deutschland wiedervereint. Der Europäischen Union gehören heute 27 Mitgliedsstaaten an. Dabei gilt: So wie in Deutschland die Menschen nach wie vor Tag für Tag die großen und kleinen Herausforde-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KOREA

DR. HANS-GERT PÖTTERING

15. Oktober 2010

www.kas.de

rungen der Wiedervereinigung in einer immensen Kraftanstrengung bewältigen, engagieren wir uns in Europa tagtäglich für das weitere Zusammenwachsen unseres Kontinentes. Das Europäische Haus steht – doch vollendet ist es längst noch nicht!

Wo steht die Europäische Union heute? Und vor allem: Welche Zukunft, welche Perspektive hat die Europäische Union?

Ich freue mich und danke Ihnen für die Gelegenheit, zu Ihnen über „Die Europäische Union – Werte, Politik, Perspektiven“ sprechen zu dürfen!

Gerade die heutige Zeit ist aus meiner Sicht besonders passend, um über das Thema der Perspektiven für die Europäische Union zu sprechen und über die Chancen und Risiken auf dem Weg zum einem gemeinsamen Europa von morgen zu reflektieren.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise halten an: Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren und zahlreiche Unternehmen sind in große Schwierigkeiten geraten. In diesem Kontext ist auch die Versuchung mancher Staaten nach mehr Protektionismus und wirtschaftlichem Nationalismus zu sehen.

Der Protektionismus ist eine große Gefahr für den europäischen Binnenmarkt und für das Wirtschaftswachstum auf dem europäischen Kontinent. Wir setzen in der Europäischen Union daher alles daran, Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, den schädlichen Subventionswettbewerb zu begrenzen und sicherzustellen, dass kurzfristige Maßnahmen mit den langfristigen Anpassungsbedürfnissen übereinstimmen. Ich bin sehr erfreut, dass wir den protektionistischen Bestrebungen wirksam entgegengetreten sind.

Wir müssen verhindern, dass sich eine derartige Finanzkrise wiederholen kann und müssen daher die Reform der Finanzmärkte entschlossen angehen.

Bereits der Europäische Rat vom 19. März 2008 hatte zum Ziel, abgestimmte europäische Lösungen auf eine ganz Europa umfas-

sende Krise auszuarbeiten, die Prinzipien des Binnenmarktes zu schützen und ihre Bedeutung als Antriebskraft für die Europäische Union zu betonen.

Erlauben Sie mir zu unterstreichen: Es geht hier nicht um Überregulierung, sondern wir brauchen eine angemessene Regulierung, denn Freiheit ist immer auch mit Ordnung verbunden:

Das Prinzip des Marktes ist eben nicht mit der Zügellosigkeit unregulierter Märkte gleichzusetzen. Wir brauchen bessere Regeln und eine nachhaltige Aufsicht, Ordnungspolitik im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft!

Es wird ja heute gerne einer Reform des Kapitalismus das Wort geredet. Aber es geht nicht um den Kapitalismus an sich. Es muss darum gehen, dass die Wirtschaft den Menschen dient – und das auf Basis des europäischen Modells der Sozialen Marktwirtschaft.

So steht es ja auch im Vertrag von Lissabon: Der Markt ist nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen wir auch vor neuen, anderen und gewaltigen Herausforderungen der Globalisierung: Es sind dies unter anderem der Klimawandel oder die Bedrohung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch internationale Kriminalität und Terrorismus.

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf die Bekämpfung des Klimawandels eingehen, die sich unserer Gesellschaft als dringendes Gebot stellt.

Wir haben es in der Europäischen Union erreicht, einen dauerhaften Frieden zwischen unseren Ländern zu schaffen, jetzt müssen wir den Frieden mit der Schöpfung wieder gewinnen.

Zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels bleibt uns jedoch nicht mehr viel Zeit. Wie uns Experten sagen, haben wir sieben bis acht Jahre, um die schlimmsten

Folgen des Klimawandels abwenden zu können.

Als Europäische Union haben wir weltweit die Führungsrolle bei dieser Aufgabe übernommen. Das Europäische Parlament hat seine Verantwortung wahrgenommen und seinen Teil dazu beigetragen, ein umfangreiches und weitreichendes Maßnahmenpaket in kurzer Zeit zu beschließen.

Wir können und werden die Last aber nicht alleine tragen und müssen daher, besonders nach den minimalen Kompromissen des Klimagipfels in Kopenhagen, unbedingt den Weg zu einem globalen und rechtlich bindenden Abkommen finden.

Unsere Partner weltweit, nicht nur die USA, sondern auch China oder Indien müssen bei der nächsten Klimakonferenz 2010 in Mexiko an Bord kommen, wenn es gelingen soll, gemeinsam erfolgreich zu sein.

Wenn wir die Europäische Union im medialen und zu oft auch nationalen politischen Diskurs betrachten, dann wird Europa, die Europäische Union und – auch allgemein als Chiffre genannt – „Brüssel“ aus den Merkwürdigkeiten des Tages gesehen.

Die Kritik an der angeblich überbordenden Bürokratie überwiegt, die eigentliche historische Perspektive geht verloren. Für die europapolitische Debatte jetzt und in der Zukunft müssen wir aber diese historische Perspektive im Blick behalten. Das 60-jährige Jubiläum des Schuman-Plans, das wir am 9. Mai dieses Jahres begangen haben, bot hierzu Gelegenheit. Nehmen wir einmal das Jahr 1979 zum Ausgangspunkt, blicken wir auf das Europa des Jahres 1979, wie sah unser damals nicht so gemeinsames Europa aus?

Deutschland war geteilt, Europa war geteilt. Erst zum 3. Oktober 1990 wurde Deutschland geeint und am 1. Mai 2004 wurden drei Nationen, die von der Sowjetunion regiert, ja okkupiert waren – Estland, Lettland und Litauen – Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Staaten des Warschauer Pakts, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien

und Bulgarien sowie Slowenien als Teil des früheren kommunistischen Jugoslawien, wurden Mitglied dieser Wertegemeinschaft der Europäischen Union.

Wenn jemand 1979 dieses vorausgesagt hätte, wäre meine Antwort gewesen, das ist ein Traum, eine Hoffnung, dass dieses einmal geschehen möge. Und heute können wir mit Freude und Dankbarkeit feststellen: Es ist geschehen. Und wir müssen die Frage stellen: Warum ist es geschehen?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die europäische Einigung ein Werk des Friedens ist und als solches auch in Zukunft ihre tiefste Begründung findet. Über fünf Jahrzehnte haben wir die schrittweise Aussöhnung verfeindeter Völker und Staaten in Europa erlebt. Was mit der deutsch-französischen Versöhnung begann, fand seine logische Fortführung in der Vereinigung der beiden zu lange und brutal geteilten Hälften Deutschlands und Europas.

Durch den menschenverachtenden Kommunismus waren die Menschen in Mittel- und Osteuropa lange gegen ihren Willen von dem sich in Freiheit vereinigenden Westeuropa abgeschnitten. Heute gehören viele dieser Länder zur Wertegemeinschaft der Europäischen Union. Die Grenzen sind durch Freiheit überwunden. Wir sollten uns von Herzen darüber freuen.

Heute sind die Menschen in Europa durch die gleichen und gemeinsamen Werte verbunden.

Die Würde des Menschen, jedes Einzelnen – hier liegt für mich persönlich der Kern unseres politischen Werteverständnisses. Wir machen keine Politik für irgendwelche Programme oder um uns in irgendeinem Gremium zu beweisen.

Und wir haben mit der Gründung der Europäischen Union die allerwichtigste Lehre aus der Geschichte Europas gezogen: Die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen, die Bewahrung der erworbenen Freiheit, des Friedens und der Demokratie, die Geltung des Rechts sind für uns auch heute Antriebskraft der europäischen Einigung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KOREA

DR. HANS-GERT PÖTTERING

15. Oktober 2010

www.kas.de

Das haben die Gründerväter verstanden: Sie haben Europa als Rechtsgemeinschaft begründet. In der Europäischen Union hat nicht die Macht das Recht, sondern das Recht die Macht. Das ist das eigentlich moderne und zukunftsorientierte an unserer europäischen Wertegemeinschaft. Nur das Recht sichert uns allen den Frieden!

Freiheit kann nicht ohne den Respekt vor den Rechten des anderen entstehen, Frieden nicht ohne fairen Ausgleich untereinander. Freiheit, Frieden, Recht und soziales Wohlergehen sind nur miteinander, nicht gegeneinander, möglich.

Unserem Handeln liegt die Überzeugung zugrunde, dass jeder Mensch mit einer unverletzlichen Würde ausgestattet ist. Der Mensch ist ein Wert an sich, ohne weitere Begründung und ohne Rücksicht auf seine physische, intellektuelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Wir, im Europäischen Parlament und in der Europäischen Union, machen heute Politik, die dem Menschen dient: Der Mensch ist Ausgangspunkt unserer gesamten politischen Tätigkeit. Die Europäische Union ist in allererster Linie dann eine glaubwürdige Wertegemeinschaft, wenn die Würde des einzelnen Menschen Maßstab für jede unserer Initiativen und Beschlüsse ist.

Auf dieser Grundlage hat sich das Europäische Parlament seit langem dafür eingesetzt, einen eigenen Wertekanon als Fundament für die europäische Einigung aufzustellen. Mit der Grundrechtecharta sind wir diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen: In ihr sind u. a. die Würde des Menschen und das Recht auf Unversehrtheit verankert. Das umfasst sowohl den Respekt gegenüber der individuellen Person als auch die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

In der Europäischen Union geht es nicht nur um ökonomische Kalkulationen von Kosten und Nutzen. Dies alles ist wichtig und wird auch weiterhin unser Leben beeinflussen. Wir sind aber zuerst eine Wertegemeinschaft, wir leben täglich Solidarität, Freiheit und Gleichberechtigung.

Diese gemeinsamen Werte, deren Kern der im Artikel 1 der Grundrechtecharta verankerte Respekt der unantastbaren Menschenwürde bildet, sind das Fundament der europäischen Einigung.

Auch im Vertrag von Lissabon, der seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist, heißt es dazu: „Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte vom 7. Dezember 2000 [...] niedergelegt sind; die Charta der Grundrechte hat dieselbe Rechtsverbindlichkeit wie die Verträge.“ Für die europäische Politik hat dieser Satz weitreichende Konsequenzen, insbesondere für die Menschenrechtspolitik.

Ohne dieses klare Wertefundament, auf das wir uns immer wieder besinnen müssen, hat die Europäische Union keine Zukunft. Wir wären auch nicht berechtigt, in der Welt die Menschenrechte einzuklagen, wenn wir daran scheitern würden, unsere Werte selbst als geltendes Recht in der Europäischen Union anzuerkennen.

Und wir werden uns von niemandem – ob in der Europäischen Union oder außerhalb – bei der entschlossenen Verteidigung der Menschenrechte einschränken lassen. Eine konsequente europäische Außenpolitik muss die Menschenrechte der bedrängten Christen im Sudan, der religiösen Minderheiten in China oder der Menschen in Gaza ebenso verteidigen wie die durch den Terrorismus herausgeforderte internationale Gemeinschaft, sei es auf dem amerikanischen oder auf dem europäischen Kontinent oder wo auch immer in der Welt.

Die Würde eines Palästinensers ist die gleiche wie die eines Israelis, die Menschen in China oder Burma haben Anspruch auf ihre Menschenrechte, die inhaftierten Führer religiöser Minderheiten Häftlinge in Iran Anspruch auf ein rechtstaatliches Gerichtsverfahren.

Wir sind nur glaubwürdig, wenn wir uns ohne Opportunismus und Parteilichkeit, so gut es geht, gerecht und fair für die Menschenrechte überall in der Welt einsetzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KOREA

DR. HANS-GERT PÖTTERING

15. Oktober 2010

www.kas.de

Wir dürfen niemals darin nachlassen, uns für die Würde des Menschen in allen seinen Lebensphasen und unter allen politischen Systemen auf dieser Welt einzusetzen. Dies ist der wichtigste politische Beitrag, den wir zur Glaubwürdigkeit Europas in einer Welt leisten können, die von uns einen moralischen Kompass erhofft.

Gleichzeitig dürfen wir niemals das Ziel des gemeinschaftlichen Europas aus dem Blick verlieren. Auch ein halbes Jahrhundert nach der Begründung des gemeinsamen Europa und gerade angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir an einem Ziel festhalten: Der Förderung eines starken gemeinschaftlichen Europa mit starken europäischen Institutionen.

Wir haben heute eine funktionierende und erfolgreiche, eine stabile und nachhaltige Ordnung in der Europäischen Union geschaffen. Wir werden und müssen diesen Prozess mit dem Vertrag von Lissabon weiterführen.

Wir müssen zusammenarbeiten auf der Basis des Rechts, auf der Grundlage von Verträgen, die es uns ermöglichen, Meinungsunterschiede, Konflikte und verschiedene Interessen auf richtige und friedliche Weise auszutragen.

Und dafür brauchen wir starke Institutionen, allen voran ein starkes Europäisches Parlament als demokratisches Herz der Europäischen Union. Der Franzose Jean Monnet, wie Konrad Adenauer einer der Gründerväter unseres gemeinsamen Europa, hat einst gesagt: "Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen."

Wir haben durch den Vertrag von Lissabon aber auch die Instrumente an die Hand bekommen, als Europäische Union auf der Weltbühne eine angemessene politische Rolle zu spielen.

Es muss uns Aufgabe und Verantwortung sein, mit unseren Nachbarn, die nicht der Europäischen Union angehören, eine Politik der guten Nachbarschaft zu entwickeln. Das gilt sowohl für den Mittelmeerraum, für Afrika als auch für unsere Nachbarn im Osten.

Die Europäische Union ist gereift und bereit zur Übernahme von Verantwortung für Frieden und Sicherheit außerhalb ihrer Grenzen.

Wenn vor 30 oder 20 Jahren jemand vorhergesagt hätte, Europa würde heute eine globale Rolle bei der Suche nach Frieden und der Ausgestaltung unserer Weltordnung spielen, er oder sie wäre nicht sehr ernst genommen worden.

Dies alles dürfen wir nicht außer Acht lassen, wenn wir uns der Frage zuwenden, was die Perspektiven und Chancen für die Europäische Union sind. Denn in den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich die europäische Einigung auf einzigartige Weise beschleunigt und konsolidiert.

Kaum jemand hätte dies zu Beginn des Weges für möglich gehalten. Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte!

Die Frage ist nicht, ob wir mit oder ohne Europäische Union leben wollen. Die Frage ist: Können wir es uns erlauben, in der Welt von heute und von morgen mit einer schwachen Europäischen Union zu leben? Nutzt es nicht allen Menschen, die in der Europäischen Union leben, wenn diese stark ist, geschlossen auftritt und gemeinsame Werte und Interessen vertritt – nach innen und nach außen?

Wir alle, in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, profitieren von dem Mehrwert, den die Europäische Union für unsere Gesellschaften und Staaten bewirkt!

Wir haben allen Grund zur Zuversicht! Diese Europäische Union ist stark, auch und vielleicht sogar trotz aller Krisen, die wir durchleben mussten und heute noch durchlaufen.

Es ist wichtig, dass wir auf diesem gemeinsamen Weg weiter gehen und der Einigung unseres Kontinents in Frieden, auf Basis unserer gemeinsamen Werte und in der Förderung von Wohlstand und Sicherheit dienen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass Europa nicht in Straßburg oder in Brüssel beginnt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KOREA

DR. HANS-GERT PÖTTERING

15. Oktober 2010

www.kas.de

Europa beginnt für uns Europäer dort, wo wir zu Hause sind, wo wir leben, wo unsere Heimat ist, wo unser Herz ist. Darüber hinaus haben wir eine regionale Identität.

Dann sind wir Deutsche und die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt uns die europäische Unionsbürgerschaft. Wir sind Europäer und tragen eine Verantwortung für die Welt!

Wir haben vieles erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel. Die Europäische Union ist eine historisch einmalige Erfolgsgeschichte, für Deutschland ebenso wie für die anderen 26 Mitgliedsstaaten.

Der Frieden war die Begründung für die Einigung unseres Kontinents. Die gemeinsamen Werte bilden das Fundament. Und die Einigkeit in der Auffassung, dass das Recht die Macht – und nicht die Macht das Recht hat, das ist unsere Erfahrung und unser Auftrag für das 21. Jahrhundert.

Wir sind entschlossen, diesen Weg in der Europäischen Union weiterzugehen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!